

Zeitraum bis 1933 umfassenden Untersuchung aus arbeitsökonomischen Gründen nicht bewältigt werden konnte und sich Hertz-Eichenrode dafür entschied, mit dem Sturz der Regierung Müller-Franken und dem Anfang der Ära Brüning im Frühjahr 1930 zu schließen. Für die Beurteilung der Gesamtproblematik sei hier auf mehrere Abhandlungen Schulz' aus den 60er Jahren verwiesen, besonders auf seine Skizze »Die deutschen Ostgebiete. Zu ihrer historisch-politischen Lage« und den Aufsatz in der Brüning-Festschrift über die Vorgeschichte der Osthilfe.

Hertz-Eichenrode hat im wesentlichen auf der Basis reichhaltiger archivalischer Quellen, primär der im Geheimen Staatsarchiv lagernden preußischen Ministerialakten, extensive Detailforschung geleistet. Der Leser wird in maximaler Ausgiebigkeit über die politischen wie über die ökonomisch-sozialen Fakten und Trends eines Gebietes informiert, dessen immanente Strukturprobleme sich nach 1918/19 mit den territorialen und im engeren Sinne wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges zu einem singulären Konfliktstoff verdichteten, der unter Hinweis auf die »berufungslose Sonderlage« immer wieder bestätigt und auch bewußt geschürt wurde. Die Analyse der Selbstverwaltungsebenen in personeller und politisch-programmatischer Hinsicht, des Parteiwesens, der Heimatverbände, der landwirtschaftlichen pressure groups und anderer Plattformen des agrarischen Establishments führt zur wenigstens konturenhaften Präsentation von Ideologie und Mentalität der Großgrundbesitzerschicht, die ihren Interessenegoismus in nationalkonservativer Verkleidung und durch Ausnutzung der Streitigkeiten zwischen Preußen und Reich über Kompetenzen und materielle Möglichkeiten durchzusetzen suchte. Einen breiten Raum nimmt die Darstellung der diversen staatlichen Förderungsmaßnahmen ein, besonders der Ostpreußenhilfe von 1928/29, mit der die bisherige Verzettelung der Mittel abgelöst und die Landwirtschaft über eine großzügige Umschuldungsaktion saniert werden sollte. Diesem Engagement der Berliner Regierungen lagen indessen nicht allein rational-ökonomische Überlegungen, sondern auch nationalpolitische Stabilisierungsabsichten zugrunde. Daraus folgte, daß abermals nicht eine weit ausgreifende strukturpolitische Erneuerung begann, sondern wiederum lediglich eine staatliche Subvention, die den wirtschaftlich-sozialen Status quo kurzfristig kräftigte und die Offenlegung der Übel verzögerte, ohne deren Ursachen effektiv zu bekämpfen.

Die Untersuchung zeichnet sich durch eine dichte Fülle von Tatsachen, Zahlen und Daten aus. Oft jedoch läuft der Autor Gefahr, sich im Gewirr der Einzelinformationen zu verstricken und die Notwendigkeit einer konzentrierten analytischen und darstellungstechnischen Verarbeitung der Details zu übersehen. Akzentverschiebungen, Wandlungen und Kontinuitäten werden deshalb nicht hinreichend deutlich. Das Unvermögen, nach der Referierung vieler Einzelheiten jeweils behutsam generalisierend zusammenzufassen und die sozialgeschichtlichen Haupttendenzen klar herauszuarbeiten, ist eklatant.

Kurt Klotzbach

Peter Wulf, Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928—1932 (= Abhandlungen zur Mittelstandsforschung, Nr. 40), Westdeutscher Verlag, Köln/Opladen 1969, 160 S., kart., 27,60 DM.

Wulfs Beitrag zur Erforschung des Umschwungs, der sich im politischen Bewußtsein eines Teiles der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zwischen 1918 und 1932 vollzog, knüpft an vorliegende Arbeiten über die politische Meinungsbildung in Schleswig-Holstein zur Zeit der Weimarer Republik an, vor allem an die Landvolkstudien Rudolf Heberles und Gerhard Stoltenbergs. Das Handwerk — genauer hier: das selbständige Handwerk — erschien dem Verfasser als besonders geeignetes Forschungsobjekt, da es sich in Schleswig-Holstein »durch eine große Homogenität als soziale Schicht« auszeichnete, die wiederum ein »in den Grundzügen gemeinsames politisches Bewußtsein«

(S. 14), am markantesten in der Politik des Landesverbandes des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes (NWHB) artikuliert, bewirkte. Gestützt auf die Verbands- und allgemeine Tagespresse sowie auf die Akten der preußischen Provinzialregierung, widmet sich der Autor vornehmlich dem Wählerverhalten und der Entwicklung der Beziehungen zwischen Handwerkervertretung und Parteien. Folgende Stadien werden deutlich:

Das schleswig-holsteinische Handwerk, von Anfang an in einer schroffen, ab 1928 hypertrophierten Feindstellung gegen die Sozialdemokratie, bewegte sich bei den Wahlen von 1919—1921 von der demokratischen Mitte zur politischen Rechten. Hiervon profitierten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei. Verlierer war die DDP.

Ab 1924 bahnte sich als Reaktion auf den zunehmenden Einfluß wirtschaftlicher Großverbände und die gleichzeitige Zurückdrängung des Handwerks ein grundsätzlicher Wandel an. Das Handwerk begann, sich von den bürgerlichen Parteien zu lösen und interessenpolitisch schärfer geprägte Gruppierungen zu bevorzugen. Nutznießer war zunächst die DNVP. Die politische Willensbildung bei den mittelständischen Schichten verlagerte sich während der folgenden Jahre mehr und mehr in den »halbpolitischen Bereich der Wirtschafts- und Berufsverbände«.

1927/28, mit der beginnenden Krise, wurde jener Umschichtungsprozeß mit der Hinwendung großer und repräsentativer Teile des Handwerks zur Wirtschaftspartei vollendet. Bei dieser Konstellation blieb es bis Mitte 1931. Vor dem Hintergrund der allgemeinen ökonomischen Krise kam damals das seit Ende des 1. Weltkriegs, seit der Ausbreitung technisch-industrieller Massenproduktion, latent vorhandene wirtschaftliche und ideologische Krisenbewußtsein des Handwerks voll zum Durchbruch. Politisches Verhalten und politische Aktionen des Handwerks lassen auf das Erlebnis einer »totalen Krise« schließen, das kaum noch die Unterscheidung von politischen und wirtschaftlichen Ursachen zuließ.

Ab Mitte des Jahres vollzog sich mit der Verschärfung des Gegensatzes zur Regierung Brüning ein erneuter Umschwung, aus dem die NSDAP als Sieger hervorging. Eine Annäherung zwischen Handwerksverband und Nationalsozialisten lag schon wegen der Propagierung des Berufsstandsgedankens auf beiden Seiten nahe. Erst die Konflikte um die Reichspolitik und eine rücksichtslos-geschickte Taktik der NSDAP, innerhalb des Verbandes und von außen her, ermöglichten jedoch schließlich (1931/32) den eindeutigen nationalsozialistischen Sieg in der Handwerksrepräsentanz.

Die Abfolge der Ereignisse ist in dieser Studie wirkungsvoll nachgezeichnet, Ursachen und Folgen der wahl- und machtpolitischen Verschiebungen sind plastisch herausgearbeitet. Demgegenüber fehlen weithin eine soziologisch-sozialpsychologische Verdeutlichung und Analyse des Krisenbewußtseins, von dem zwar generell immer wieder gesprochen wird, dessen Elementen und differenzierten Ausdrucksformen der Verfasser jedoch nicht intensiv genug nachgegangen ist.

Kurt Klotzbach

Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das »Berliner Tageblatt«. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906—1933 (= Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 25), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1968, IX, 311 S., Ln., 49 DM.

Modris Eksteins, Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Bd. 3), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969, 204 S., Pb., 32 DM.

Für die Erforschung der Geschichte des deutschen Liberalismus 1918—1933 gilt mehr noch als für die Analyse anderer politischer Richtungen zur Zeit der Weimarer Republik, daß sich der Historiker gezwungen sieht, die auftauchenden Probleme über den